



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24824 - 33
Fernschreiber 0886990

P/XIV/240 - 22. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	Der Alleingang Paris und die Gipfelkonferenz	61
2 - 3	Der Butterzoll muß weg! Von Harri Bading, MdB	62
4 - 5	Der Epilog der Verstimmung Bonn - Bukarest Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	65
6 - 7	Die bösen Reden des Herrn von Hassel Ablenkung von eigenen Schwierigkeiten	59

* * * *
* * *

Der Alleingang

Aus gut unterrichteten Kreisen erhielten wir die nachstehende Analyse der Motive für das Verhalten von Staatspräsident de Gaulle bei den Vorbereitungen zu einer Gipfelkonferenz. D. Red.

Die aus Paris kommenden Nachrichten über die Verzögerungstaktik de Gaulles bei der Vorbereitung einer Gipfelkonferenz und über einen möglichen Chruschtschow-Besuch sind nicht überraschend. Jedenfalls nicht für den, der seit der Genfer Aussenminister-Konferenz die französische Politik aufmerksam beobachtet.

Aus französischer Sicht ergeben sich für Staatspräsident de Gaulle mehrere Gründe für dieses Verhalten. Frankreich hat seit Monaten keinen Zweifel daran gelassen, dass es an einer baldigen Gipfelkonferenz nur dann interessiert ist, wenn es als "Vierte Atommacht" auftreten kann. Schon während der Genfer Aussenminister-Konferenz konnte man beobachten, wie die französische Delegation an dem Verlauf der Verhandlungen scheinbar desinteressiert war, als sich herausstellte, dass die Vereinigten Staaten und Grossbritannien Frankreichs Wunsch, in den "Atom-Club" aufgenommen zu werden, nicht respektierten. Von diesem Augenblick an hat die französische Diplomatie in Warschau, Prag und Moskau vorbereitende Schritte getan, um eines Tages Frankreich in die Rolle des europäischen Vermittlers zwischen Ost und West hineinspielen zu können. Daher auch die französischen Erklärungen zur Oder-Neisse-Grenze.

Wenn de Gaulle jetzt vor einer Gipfelkonferenz allein mit Chruschtschow zusammentreffen will, so ist das in gewissem Sinne die Krönung einer monatelangen diplomatischen Aktivität, mit deren Hilfe demonstriert werden soll, dass Frankreich sich bei der Neuregelung des Ost-West-Verhältnisses auch nicht von seinen westlichen Verbündeten überspielen lassen will.

Das ungelöste Algerien-Problem dürfte ebenfalls ein wichtiger Grund für das Verhalten de Gaulles sein. Wie man weiss, hat Frankreich

immer die These aufrechterhalten, dass die Lösung des Algerien-Problems eine rein französische Angelegenheit sei. Das Erstarren des afrikanisch-asiatischen Blocks in der UNO hat die Amerikaner daran gehindert, diese These ohne Vorbehalt anzuerkennen. De Gaulle ist darüber verärgert. Er sucht Bundesgenossen, die Frankreich entgegenkommen und glaubt sicher, dass Moskau ein solcher Bundesgenosse sein könnte. Seit langem ist nämlich in Paris bekannt, dass den Russen ein unter französischem Vorzeichen liberalisiertes Nord-Afrika lieber ist, als die endgültige Etablierung amerikanischer Einflüsse. Das ist auch der Grund, der die französischen Kommunisten bisher veranlasst hat, sich so relativ ruhig gegenüber de Gaulle zu verhalten. Eine Zusage Chruschtschows, dass die französische KP auch weiterhin der Aufrechterhaltung französischer Einflüsse in Nord-Afrika zustimmt, wäre deshalb für de Gaulle von grosser Wichtigkeit.

Im wesentlichen geht es de Gaulle also darum, Frankreichs Position in Europa zu festigen und mit Hilfe einer Wiederbelebung traditioneller französischer Freundschaften zu Polen, zur Tschechoslowakei und zu Russland (vielleicht auch zu Rumänien, Bulgarien und Ungarn) ein entscheidenderer Faktor zu werden, als es bisher in der internationalen Politik der Nachkriegszeit war.

Interessant sind in diesem Zusammenhang Hinweise in der englischen Presse darauf, dass de Gaulle beim möglichen Zustandekommen einer Gipfelkonferenz die Anerkennung des Status quo in Europa (d.h. der Teilung Deutschlands einschliesslich der Fixierung der Oder-Neisse-Grenze) erreichen will.

Man soll sich gerade in diesen Tagen daran erinnern, dass de Gaulle bereits im Dezember 1944 ein Sonderbündnis mit der Sowjetunion abgeschlossen hat, in dem sich die vertragsschliessenden Parteien verpflichteten, "nach Beendigung des Konfliktes mit Deutschland gemeinsam alle erforderlichen Massnahmen zu treffen, um eine neue Bedrohung von seiten Deutschlands zu verhindern und jeder Art Initiative zu einem neuen deutschen Angriffsversuch den Weg zu sperren". Damals hatte de Gaulle sich geweigert, mit Präsident Roosevelt in Casablanca zusammenzutreffen und war stattdessen nach Moskau geflogen ...

Der Butterzoll muß weg!

Von Harri Bading, MdB.

In diesem Herbst ist innerhalb weniger Wochen die Butter 60 bis 70 Pfg. je Pfund teurer geworden. Infolge der durch den Futtermangel bedingten, sinkenden Milchlieferungen, steigen nun auch die anderen Molkereierzeugnisse im Preise. Die Molkereien haben schon die Preise für Rahmschichtkäse um 10 Pfg, für Sahne um 20 Pfg. je kg erhöht. Die Preise für Hartkäse sind um 35 Prozent gestiegen, Weichkäse, z.B. Brie ist um 15 Pfg. je Kleinpackung bei Lieferung an den Einzelhändler teurer geworden. Die Hersteller von Kondenzmilch haben den Preis je Karton von 96 Kleindosen von 24 auf 27 DM erhöht, ja ein Werk kann sogar nur noch 70 Prozent der Bestellungen liefern. Und schließlich: Die Hamburger Molkereien haben beantragt, den Verbraucherpreis für Milch auf 50 Pfg. festzusetzen. Zum ersten Mal seit zehn Jahren ist die Verwertung der Milch zu Butter, Käse usw. rentabler als der Trinkmilchabsatz. Man rechnet damit, daß die Milchlieferungen der Landwirte an die Molkereien niedriger liegen werden als im vorjährigen Winterhalbjahr.

Bonner Versäumnisse

Das ist die derzeitige Situation auf dem Milchmarkt: Steigende Preise auf der ganzen Linie. Nun, auf einem freien, ungeordneten Markt ist es immer so: Bei steigendem Angebot und gleichbleibender Nachfrage fallen die Preise, bei sinkendem Angebot ziehen sie an. Aber haben wir nicht eine Marktordnung und ein Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie eine Einfuhr- und Vorratsstelle für Fette, die beide die Aufgabe haben, für die Einhaltung der Marktordnung Sorge zu tragen? Und eine zweite Frage: Ist etwa die Trockenheit, die in weiten Gebieten der Bundesrepublik Deutschland das Grünland und die Äcker ausdörrte, so daß kein oder zu wenig Futter wuchs, erst seit gestern?

Keineswegs, die Trockenheit begann schon im Frühsommer und hielt in Norddeutschland, aber auch anderswo den ganzen Sommer und Herbst über an. Aber das Ministerium unternahm nichts, weil es die Marktordnung nicht als eine echte Ordnung im Sinn aller am Markt Beteiligten, der Erzeuger wie der Verbraucher, auffaßt, sondern lediglich als ein Mittel zur Hochhaltung oder gar Erhöhung der Preise im Interesse oder richtiger ausgedrückt, im vermeintlichen Interesse der Landwirtschaft.

Faule Ausreden

Wenn man jetzt erklärt, in allen Ländern sei die gleiche Situation und man müsse sich mit ihr abfinden, so ist das nichts anderes als eine faule Ausrede. Im Sommer war es möglich, Butter in Dänemark, Schweden, Holland und anderen Ländern günstig zu kaufen. Der Unter-

schied zwischen den immer schon hohen, deutschen Preisen und den niedrigen Preisen im Ausland war groß. Selbst wenn es zur Zeit nicht möglich ist, so große Mengen an Butter zu bekommen wie noch vor wenigen Monaten, die zur Deckung der Versorgung notwendigen Mengen wären noch zu haben, wenn auch nur zu höheren Preisen. Aber der Einfuhr steht ein Hindernis im Wege. Wir haben einen Butterzoll von 22 1/2 bis 24 Prozent des Wertes gegenüber EWG-Ländern wie Holland, gegenüber OEEC-Ländern wie Dänemark und sogar 30 Prozent gegenüber den übrigen Ländern wie z.B. Neuseeland, um nur drei der wichtigsten Butterexportländer zu nennen. Bei dem jetzt geringeren Abstand zwischen in- und ausländischen Preisen wirken sich die hohen Zollsätze aber prohibitiv aus, sie machen eine Einfuhr unmöglich, es sei denn, der Butterpreis für den Verbraucher steigt auf etwa 5,- DM je Pfund. Das kann aber wohl kaum das Ziel des für die Ernährung des Volkes verantwortlichen Bundesministers sein oder sollten wir in dieser Beziehung Schwarz sehen müssen?

In unserer Lage hilft jetzt nichts anderes als die Aufhebung des Zolls bis die Versorgungsschwierigkeiten behoben sind. Nur so kann eine weitere Steigerung der Preise für Butter und andere Molkerzeugnisse verhindert werden.

Man könne auch nicht mit der Behauptung, bei einer Zollsuspendierung würden sofort die bösen Ausländer ihren Abgabepreis um den Zollbetrag erhöhen, so daß nur der Finanzminister einen Einnahmeausfall hätte. Erstens hat er keinen Einnahmeausfall, da bei den derzeitigen Zollsätzen keine Einfuhrkontrakte abgeschlossen werden und zweitens hat die Einfuhr- und Vorratsstelle es durchaus in der Hand, bei überhöhten Preisforderungen den Zuschlag zu verweigern.

Rückgängiger Milchkonsum

Auch die Landwirtschaft hat kein Interesse an einer weiteren Steigerung der Preise für Milch und Milcherzeugnisse. Ist doch in diesem Jahr der Milchkonsum schon wieder um 2 Prozent zurückgegangen. Bei einem weiteren Preisanstieg der Butter besteht die Wahrscheinlichkeit, daß noch mehr als bisher die Verbraucher vom Butter- zum Margarinekonsum übergehen. Und einmal verloren gegangene Kunden kehren nur selten wieder zurück. Der Bauernverband hat angesichts der derzeitigen Situation keine andere handelspolitische Forderung erhoben als die Aufhebung jeglicher Zölle für Futtermittel. Keine Bedenken dagegen, die Forderung nach einer gewissen Senkung der Futtermittelpreise vertreten wir schon lange, aber im wohlverstandenen Interesse seiner Mitglieder sollte der Bauernverband im Hinblick auf die Kunden der Landwirtschaft, die deutschen Verbraucher, auch einsichtig genug sein, die Forderung auf Suspendierung des Butterzolls zu unterstützen. Damit wäre Verbrauchern wie Erzeugern am besten gedient.

Der Epilog der Verstimmung Bonn - Bukarest

Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Nur wer recht aufmerksam die Presse liest, konnte unlängst die etwas verschämte kurze Mitteilung der Bundesregierung zur Kenntnis nehmen, von nun an dürften bundesdeutsche Waren wieder den Weg nach Rumänien nehmen. Man verband dies mit der kleinlauten Hoffnung, daß die Bukarester Regierung nunmehr die Ausreise Volksdeutscher aus Rumänien wieder gestatten werde.

So endet nach kaum einem Jahr erneut mit einem Fiasko eine Politik, die bezeichnend für die Bonner Haltung gegenüber den osteuropäischen Staaten im allgemeinen ist. Starke Gesten, von denen man sich die Lösung bestehender Probleme versprochen hat, werden schamhaft zurückgenommen, nachdem man sich von ihrer vor auszusehenden Wirkungslosigkeit, ja ihren Umschlagen in das nicht gewollte Gegenteil erst überzeugen mußte.

Die Behandlung des Problems der Familienzusammenführung von Rumäniendeutschen ist ein Bilderbuchbeispiel an politischer Kurzsichtigkeit. Als Bonn die vorjährigen Handelsvereinbarungen über einen Gütertausch in Höhe von 180 Millionen DM für 1959 nicht verlängerte, erwartete es, dies werde die rumänische Regierung dazu bewegen, die Zahl der bis dahin jährlich erteilten 1 500 Ausreisegenehmigungen zu erhöhen. Bukarest lehnte dieses Junktim zwischen Gütern und Menschen als unzumutbar ab.

Als man mit der Zeit auch am Rhein merkte, dass die Rechnung nicht aufgegangen war, unterbreitete man in aller Stille einen neuen Vorschlag: wenn die rumänische Regierung einige hundert Rumäniendeutsche in die Bundesrepublik ziehen lasse, werde Bonn eine Warenausfuhr in Höhe von etwa 50 Millionen Mark gestatten. Nach diesen Gesten hätten die Gespräche in ein offizielles Stadium treten sollen. Bukarest lehnte dies mit dem Hinweis ab, dass es über die Aussiedlung rumänischer Staatsbürger (denn das sind und waren die Volksdeutschen in Rumänien stets) nicht mit einer anderen Macht verhandeln könne.

Das Ergebnis der Bonner starken Geste liegt nun klar vor uns: über 1 000 Rumäniendeutsche blieben dort, wo sie nach dem erklärten

Willen der Bundesregierung eigentlich nicht sein sollen; ausserdem blieben recht beachtliche Geschäfte ungetan. Darüber hinaus kann man nicht ohne weiteres erwarten, dass sich die deutsche Wirtschaft ihre alte Position auf dem rumänischen Markt zurückerobert wird. Sess doch die NATO-verbündete Wirtschaftskonkurrenz in der Zwischenzeit keineswegs mit gefalteter Händen, für ein günstiges Ausreiseschicksal der Rumäniendeutschen betend, sondern machte sich auf den Weg nach Bukarest, um ihre Waren anzubieten. So soll denn die erste Reaktion rumänischer Kreise auf die Bonner Ankündigung, der Ausfuhrstopp sei nunmehr aufgehoben, keinen Überrascher, dass Rumänien in der Zwischenzeit mit den Franzosen, Italienern und Briten recht gut ins Geschäft gekommen sei.

Es ist aus humanitären Gesichtspunkten trotzdem zu hoffen, dass die rumänische Regierung fortan die Familienzusammenführung wieder gestattet. Dass es vorerst jedoch zu einer Erhöhung der bisher üblichen Jahresquote kommen wird, sollte nach diesem Tauziehen keineswegs erwartet werden.

Ein solcher Ausgang der einjährigen Spezialverstimmung Bonn-Bukarest sollte eigentlich - aber man erwarte nicht zu viel - zur Überprüfung der Ostpolitik der Bundesregierung führen. Als vor Monaten eine Delegation der SPD-Bundestagsfraktion nach Rumänien und Bulgarien fuhr, sah die politische Gegenseite mit wenig Verständnis auf die ersten "Tabu"-Kontakte zu diesen Ländern. Heute kann mit Sicherheit gesagt werden, dass -abgesehen von den allgemeinen Ergebnissen und der Verbesserung der Atmosphäre - diese Besuchsreise auch noch ein anderes Ergebnis gehabt hat. Auf die persönliche Intervention eines Delegationsmitgliedes ist eine zu längerer Freiheitsstrafe verurteilte Rumäniendeutsche vorzeitig aus der Haft entlassen und zu ihren Verwandten nach Deutschland übergeführt worden. Eine vernünftige Ostpolitik der Regierung könnte zweifellos noch mehr erreichen als in der Nacht der Opposition steht. Aber dazu bedarf es nicht nur betauernder Worte, sondern Taten, denen realistische Einsichten vorausgehen müssen.

Die bösen Reden des Herrn von Hassel

mu, Kiel

Nur jener, der nicht weiß, wie es um die Macht des Kieler Ministerpräsidenten von Hassel (CDU) und die Vorgänge in den Reihen seiner Partei im Norden bestellt ist, schüttelt verwundert den Kopf über die bösen Reden, mit denen dieser Politiker die Sozialdemokraten jetzt wie nie zuvor im Kommunalwahlkampf angreift. Hassel hat guten Grund, das alte Rezept anzuwenden, durch wütende Angriffe auf den politischen Gegner von den eigenen Schwierigkeiten abzulenken.

Einmal sind es wichtige landespolitische Forderungen, die er in Bonn einfach nicht durchsetzen konnte. Gegen den Willen seiner Regierung wurde Schleswig-Holstein der Zoll für die billige Importkohle und die Steuer für das sogar im Lande erzeugte Erdöl aufgebürdet. Daneben hat die Solidarität des Bundes bei über achtjähriger Tätigkeit der CDU-Kabinette in Kiel nicht ausgereicht, um Schleswig-Holstein hinsichtlich seiner Wirtschafts-Finanz und Steuerkraft vom Elendsende der benachteiligten Bundesländer wegzubringen.

Weiter ist die Stellung des CDU-Landesvorsitzenden von Hassel in einem Maße auf der Ebene der Bonner CDU, wo er einer der Stellvertreter von Adenauer ist, stark erschüttert. Das wurde deutlich, als Adenauer ihn seinerzeit zum neuen Bundespräsidenten vorschlug und innerhalb von 24 Stunden sofort wieder fallen ließ. Dann zeigte sich, daß Hassels Pläne zur Reform der CDU-Spitze in Bonn bei Adenauer glatt abblitzten. Schließlich gab es dann noch eine Rüge von dem Parteivorsitzenden in Rhöndorf, weil Hassel seinen großen Konkurrenten in der schleswig-holsteinischen CDU und den zweitmächtigsten Mann im Norden, den Kieler Landtagspräsidenten Dr. Böttcher so schöne fallen ließ.

Dabei ist in Bonn nicht verborgen geblieben, wie schwach die Stellung des Kieler Regierungschefs im Grunde ist. Er hat die geringste Mehrheit im Kieler Landtag, die jemals ein Regierungschef besessen hat. Vor der Böttcher-Affäre mußte er mit 36 gegen 33 Mandate regieren. Jetzt, nachdem Böttcher sein Abgeordnetenmandat nicht mehr wahrnimmt aber einen Parlamentssitz für einen "Nachrücker" blockiert, ist die Mehrheit auf 35 Abgeordnete zusammengeschmolzen, worunter sich drei

Freie Demokraten befinden, die natürlich mit Zusicherungen an der Koalition festgehalten werden müssen.

Dabei gibt es eine Reihe namentlich bekannter Abgeordneter in der CDU-Fraktion, die einen ausgesprochenen Anti-Hassel-Kurs steuern möchten. Sie verurteilen das Vorgehen des Landesvorsitzenden gegen Böttcher und wenden sich dagegen, daß der Kieler Regierungschef, der auf dem rechten Flügel der CDU segelt, die Partei recht eigenmächtig führt. Gab es doch bereits in Parlament einige Gesetze, die die Regierung einfach nicht in den Landtag bringen konnte, weil sich bereits vorher zeigte, daß sie dann wegen der abtrünnigen CDU-Abgeordneten durchfallen würden. Auch im Landtag selbst gab es schon wegen der geringen Mehrheit böse Niederlagen.

Jetzt sind noch die moralischen Vorhaltungen, die sich daraus nicht im strafrechtlichen Bereich bewegen, gegen Hassel und einige seiner Kabinettsmitglieder in mehreren Zeitungen erhoben worden. Es geht da um Urlaubsfahrten in Dienstwagen, um Kredite für den Hausbau, um nebenberufliche Tätigkeit und die Glücksburger Spielbank. Auch diese Dinge sind von maßgebenden CDU-Abgeordneten durchaus aufmerksam registriert worden. Die wütenden Angriffe, mit denen Hassel die Sozialdemokraten fälschlicherweise beschuldigt, die Initiatoren der Zeitungsartikel gewesen zu sein, können darüber nicht hinwegtäuschen.

Dem scharfsinnigen politischen Beobachter im Norden ist inzwischen klar geworden, was sich hinter den groben Angriffen gegen die Sozialdemokraten verbirgt. Es ist der rapide Machtschwund. Die Stellung des Herrn von Hassel, der einmal auf dem Wege war, ein großer Bundespolitiker zu werden, ist in diesen Wochen erschütterter denn je. Man beginnt ihn in Bonn bereits abzuschreiben.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel